

Verzugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-297

Die Welle steigt!

Am Freitag rund 50000 Eintragungen in Berlin.

Die Eintragungen zum Volksbegehren haben am gestrigen Freitag gegenüber den Zahlen vom Donnerstag in erfreulicher Weise zugenommen.
Eingetragen wurden am Freitag (in Klammern die Zahlen für Donnerstag) in den Verwaltungsbezirken Mitte 3178 (2082), Tiergarten 2767 (2183), Wedding 5939 (4465), Prenzlauer Berg 4488 (3546), Friedrichshain 5787 (3935), Kreuzberg 6302 (4702), Charlottenburg 2212 (1541), Spandau 1392 (761), Wilmersdorf 862 (604), Zehlendorf 113 (72), Schöneberg 2094 (1583), Steglitz 583 (521), Tempelhof 653 (465), Neutölln 5237 (4679), Treptow 1879 (1517), Köpenick 1253 (724), Lichtenberg 2046 (792), Weißensee 527 (396), Panlow 1009 (727), Reinickendorf 1224 (818).

In ganz Berlin 49545 (36144).

Lügenbund der Hohenzollernfreunde.

Genannt: Deutschnationale Partei!

Der Terror der Deutschnationalen und Landbündler gegen das Volksbegehren tritt immer unverhüllter zutage. Ebenso aber auch die Verlogenheit, mit der dieser Terror begründet wird.

Unmittelbar vor den Toren Groß-Berlins erscheint diese Anzeige im Gemeindeblattchen:

Achtung!

Wer für die Enteignung, d. h. Verraubung der Fürsten seine Stimme abgibt, macht die Bahn frei für den praktischen Bolschewismus, für die Wegnahme jeglichen Privateigentums. Den Fürsten folgen die größeren Besitzer, diesen die kleineren. Haus und Hof, Ersparnisse jeder Art, Renten und Pensionen, das Eigentum der Kirche, der Gewerkschaften, der Konsumvereine usw. werden „enteignet“, d. h. geraubt. Die Aufwertung wird rückgängig gemacht, Mostau will es so. Grund und Verzweiflung werden uns das Leben zur Hölle machen. Wer unterschreibt, darf sich über die geschilderten Folgen nicht beklagen. Darum gebt eure Stimme dem wahren Volksbegehren nicht.

In Berlin erscheinen in Abwesenheit der Ehemänner bei den Hausfrauen starke Kerls und erzwingen die Unterschrift. In diesem Falle ruft Hilfe herbei. Schützt euch gegenseitig mit allen Mitteln gegen den roten Terror!

Deutschnationale Volkspartei.

Ortsgruppen Klein-Schöneberg, Fichtenau und Schöneiche.

Enteignung der Fürsten bedeutet danach Enteignung der Gewerkschaften, Enteignung der Konsumvereine, Beseitigung der Aufwertung!

Die Lüge ist nicht mehr bloß schamlos, sie ist deutschnational! Und sie wird nur noch übertroffen durch die Behauptung von den „starken Kerls“, die in Berlin den Frauen die Unterschriften abzwängen. Diese Behauptung ist sogar dumm, denn auch deutschnationale Wählerinnen wissen, daß sie zur Eintragung ins Eintragungstafel gehen müssen.

Die Landbundsabotage.

Wie der Landbund Behörden einschätzt.

Der Brandenburgische Landbund hat eine Anweisung an ihm nahestehende Guts- und Ortsvorsteher erlassen. Die Listenauslegung nicht vorzunehmen. Diese Anweisung zeichnet sich durch ihre besondere Form aus. Sie lautet:

Brandenburgischer Landbund.

Gesch.-Nr. 1298.

Berlin SW. 11, den 1. März 1926.

Lfd. Nr. 53.

Deffauerstr. 30.

Du.

Vertraulich!

An die angeschlossenen Verbände.

Betrifft: Enteignung der Fürstentümer.

Einer unserer Kreislandbünde regt an, es sollten vom Landbund aus die zu seinen Mitgliedern zählenden Gemeinde- und Ortsvorsteher über ihre Pflichten bei Auslegung der Listen für das Volksbegehren aufgeklärt werden. Die meisten Ortsvorsteher seien nämlich der Ansicht, daß sie nicht verpflichtet seien, die ihnen von den Sozialdemokraten und Kommunisten zugesandten Listen auszuliegen. Wir sind der Auffassung, daß man der Sache am meisten dient, wenn man über diesen Punkt so wenig wie möglich spricht und dem gesunden Empfinden unserer Ortsvorsteher die Entscheidung darüber überläßt, was sie mit den Listen tatsächlich machen. Je mehr darüber gesprochen und geschrieben wird, desto mehr wird die Bevölkerung auf dem Lande auf die Eintragung aufmerksam gemacht, während sonst hoffentlich die meisten nichts davon erfahren.

Bedinglich zur internen Benutzung für unsere Kreisgeschäftsstellen wollen wir hier feststellen, daß die Ortsvorsteher rechtlich verpflichtet sind, die ihnen von den Antragstellern des sogenannten Volksbegehrens, also von den Parteien der Sozialdemokratie, der Kommunisten und dem sogenannten „Ausdruck zur Durchführung des Volksentscheids usw.“ zugehenden Listen zur Eintragung auszuliegen. (§ 34 des Reichsgesetzes über den Volksentscheid vom 27. Jan. 1921.)

Wir haben selbstverständlich keinerlei Veranlassung, die Ortsvorsteher über diese für sie rechtlich zweifellos bestehende Pflicht aufzuklären, andererseits wird man den Einzelnen dann, wenn er direkt danach fragt, eine sachliche Aufklärung im obigen Sinne nicht vorenthalten können. Schaumann.

Das Zirkular sagt den Gemeinde- und Ortsvorstehern: wir können euch keine Anweisung geben, was ihr tun sollt; denn würden wir euch sagen, was wir von euch erwarten, so würden wir sagen: sabotiert. Dann sind wir aber strafbar, und deshalb sagen wir nur, wir jagen gar nichts und verlassen uns auf euch.

Sabotieren wollen sie schon — aber sie sind zu feig, es offen zu machen!

Preußen und die Fürstenforderungen.

Vorläufige Suspendierung des Hohenzollernvergleichs.

Zu der von verschiedenen Seiten erwogenen Frage, wann der zwischen Preußen und den Hohenzollern geschlossene Vergleich, der bekanntlich bis zum 1. April angenommen sein muß, dem preussischen Landtag zugehen wird, hören wir von gut unterrichteter Seite: Es besteht vorläufig nicht die Absicht, diesen Vertrag durch Vorlage an den Landtag zur Annahme zu bringen, obwohl die Hohenzollern, falls die Annahme nicht bis zum 1. April erfolgt, nicht mehr an die Vergleichsabmachungen gebunden sind. Man beabsichtigt bei der preussischen Regierung, nun auf alle Fälle mit der eigenen Stellungnahme zu warten, bis das Reich in der Fürstenabfindungsfrage sich endgültig entschieden hat. Der Hohenzollernvergleich und die sich aus ihm ergebenden Folgerungen sind somit vorläufig suspendiert, auch auf die Gefahr hin, daß derselbe nach dem 1. April völlig annulliert wird. Im übrigen ist man der Ansicht, daß die Hohenzollern auch nach Ablauf des vereinbarten Apriltermins so wie die Dinge liegen, an ein Zurücktreten von den Vereinbarungen nicht denken werden.

Die Demokraten für Volksbegehren.

Die Wähler handeln.

Darmstadt, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die große Erregung in Kreisen der demokratischen Wähler über die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage der Fürstenabfindung geht

bereits so weit, daß einzelne Wahlkreise gar nicht den Entschluß des Parteiaussschusses abwarten, sondern eigenmächtig ihre Anhänger auffordern, sich dem Volksbegehren anzuschließen. Der Landesvorstand der Deutschen Demokratischen Partei, dessen Vorsitzender der Amtsgerichtsrat Schreiber ist, hat folgenden Aufruf an die demokratischen Wähler des Volksstaates Hessen erlassen: „Der Landesvorstand der Demokratischen Partei Hessens fordert alle Demokraten auf, sich ausnahmslos in die offenliegenden Listen für das Volksbegehren zur Fürstenabfindung einzuzuschreiben. Da der Reichstag bis jetzt keine auch nur irgendwie befriedigende Lösung in der Frage der Fürstenabfindung gefunden hat, besteht die Gefahr, daß die Fürsten die sachenden Erben sein werden.“

Hamburger Demokraten für die Eintragung.

Hamburg, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Volksbewegung zum Einzeichnen für das Volksbegehren gewinnt an der Wasserfront täglich mehr an Kraft. Waren es am ersten Tage rund 7000 Personen, die sich in die Listen einzeichneten, so zeichneten sich am zweiten Tage bereits 10100 ein. Die moralische Wirkung dieser Bewegung macht sich jetzt bemerkbar durch eine Rundgebung der Hamburger Demokraten. Der Vorstand der Demokratischen Partei Hamburgs hat am Freitag beschlossen, die Mitglieder, Anhänger und Wähler der Deutschen Demokratischen Partei zur Unterstützung des Volksbegehrens aufzufordern. Er gibt dazu in der Presse eine nähere Begründung, in der ausgeführt wird, daß die Demokraten das Volksbegehren schon deswegen unterstützen müßten, damit unter diesem Druck der ersten Volkskundgebung der Reichstag zu besseren Beschlüssen komme. Je wichtiger das Volksbegehren ausfalle, desto besser würde das Reichsgesetz.

Reichstag und Volksbegehren.

Der Kabinettsrat des Reichstages beschäftigte sich heute vor der Plenarsitzung mit der Frage, ob der kommunistische Antrag über die Durchführung des Volksbegehrens heute noch auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Die Frage wurde bejaht, doch soll die Entscheidung darüber, an welcher Stelle der Tagesordnung der Antrag behandelt wird, vom Plenum selbst entschieden werden. Weiter beschloß der Kabinettsrat, die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Steuerminderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage am Montag mit der zweiten Beratung des Haushalts des Finanzministeriums zu verbinden.

Krise der Regierung Briand.

Keine Störung der Völkerbundsversammlung.

Paris, 6. März. (WIB.) Die „Agence Havas“ veröffentlicht heute vormittag folgende Auslassung: Entgegen seiner anfänglichen Ansicht hat Ministerpräsident Briand nach Beendigung des Ministerrats, in dessen Verlauf er dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreicht hat, wissen lassen, er werde Paris heute abend verlassen, um sich nach Genf zu begeben.

Nachdem er während des heutigen Tages Besprechungen mit den Vertretern im Völkerbund, die gegenwärtig in Paris anwesend seien, vor allen Dingen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Strzyński gehabt habe, werde Briand mit Ausien Chamberlain zusammen die Reise antreten. Er werde morgen den vorbereitenden Verhandlungen beiwohnen, die der auf Montag festgesetzten Tagung vorangehen. Bekanntlich dürften diese vorbereitenden Verhandlungen einen entscheidenden Einfluß auf die kommenden Beratungen des Rates und der Völkerbundsollversammlung haben.

Briand werde jedoch nicht an den offiziellen Arbeiten der Völkerbundstagung teilnehmen, er sei der Ansicht, daß er, da er in der Kammer gestürzt sei, nicht in der Lage sei, die französische Regierung zu vertreten.

Der Sturz des Kabinetts Briand ist eine innenfranzösische Angelegenheit, die ohne wesentliche Rückwirkung auf die Genfer Verhandlungen bleiben wird. Briand hat zwar, vor Abstimmung über das Vertrauensvotum, der Kammer damit gedroht, er werde Frankreich in Genf nicht vertreten, und er hat in dem ersten Zorn über seine Niederlage Journalisten beim Verlassen des Palais Bourbon heute morgen kurz vor 8 Uhr erklärt, er werde nicht nach Genf fahren, kurz vor 9 Uhr aber, nachdem das Kabinett dem Staatspräsidenten seine Demission überreicht hatte, dementierte die amtliche französische Nachrichtenagentur alle Gerüchte über die Absagung der Reise mit der knappen und unzweideutigen Feststellung, daß Briand heute abend programmgemäß nach Genf reisen werde. Die oben abgedruckte, noch später ausgegebene Havas-Meldung bestätigt nur die 9-Uhr-Meldung, wenn in ihren letzten Sätzen

auch Briands Entrüstung und Enttäuschung über die Kammerniederlage noch durchklingt.

Der plötzliche Rücktritt Briands am Vorabend der Völkerbundskonferenzen wird manchen an den Sturz desselben Staatsmannes auf der Konferenz von Cannes 1922 erinnern. Aber damals handelte es sich um einen Sturz, der nur aus außenpolitischen Gründen von der Poinecaré-Gruppe der Kammer gegen die Außenpolitik des Briand-Kabinetts mit der Absicht unternommen wurde, die Konferenz aufzulösen zu lassen. Diesmal ist Briand vor der Konferenz aus innerpolitischen Ursachen gestürzt. Ein weiterer, wichtiger Unterschied ist aber auch dadurch gegeben, daß es in Cannes sich um eine lose internationale Konferenz handelte, die durch Beschluß der gerade regierenden Kabinette zustande kam und scheiterte, als nur eine von ihnen zurücktrat. Diesmal handelt es sich um Konferenzen des ständigen Völkerbundes, der festen, dauernd bestehenden internationalen Organisation. Diese aber ist unabhängiger von den Regierungskrisen der einzelnen zu ihr gehörenden Staaten.

Ist einmal eine Völkerbundskonferenz einberufen, so ist es fast eine Selbstverständlichkeit, daß die dem Bunde angehörenden Staaten sich dort vertreten lassen. Gerade die Tatsache, daß Briand nur gedroht hat, daß er Frankreich nicht vertreten werde — während er nicht drohen konnte, daß Frankreich nicht vertreten sein werde — und daß er seine Drohung nicht wahrgemacht hat, ist ein Beweis für das Schwergewicht der internationalen Völkerbundsorganisation, die sich den nationalen Willkürlichkeiten einzelner Staaten gegenüber allmählich immer mehr durchsetzt.

Der Verlauf der Kammer Sitzung.

Paris, 6. März. (WIB.) Als sich der erste Zwischenfall wegen Erhöhung der Tabakpreise ereignete und Briand eine ernste Mahnung ergehen ließ, wurde die Sitzung nachts um 2 Uhr 40 Minuten unterbrochen. Um 3 Uhr 15 Minuten verlangte der Berichterstatter die Erhöhung des Tabakpreises von 1,50 auf 2,10 Frank. Die Kammer schloß sich diesem Vorschlag mit 250 gegen 165 Stimmen an.

Hierauf wurde in die Beratung des Artikels 53 des Steuer-  
gesetzes, betreffend die 4prozentige Besteuerung des Zahlungs-  
verkehrs eingetreten. Der Abg. Bedouca erklärte namens der  
Sozialisten, die Zahlungssteuer abzulehnen zu müssen. Finanz-  
minister Doumer trat für die Bewilligung der Zahlungssteuer  
ein und machte besonders auf die Notwendigkeit aufmerksam,  
sofortige Einnahmequellen zu erschließen, dann nur könne man die  
Krise bewältigen, die das Land bedrohe. Gehe das nicht, dann  
müsse ein anderer als er die Verantwortlichkeit für die  
Geschäfte übernehmen.

Namens der demokratisch-republikanischen Linken fordert der  
Abg. Lafarge, der Ministerpräsident müsse klar eine Politik der  
republikanischen Einigkeit verfolgen, die sich von der sozialisti-  
schen Bevormundung befreie. Dann werde seine Partei für die  
Regierung stimmen. Hiergegen wandte sich der Abg. Blum,  
indem er erklärte, seine Fraktion wolle der Regierung nicht Be-  
dingungen stellen, damit sie für sie stimme. Dadurch, daß die Re-  
gierung die Zahlungssteuer fordere, mache sie es den Sozialisten  
unmöglich, ihr zu folgen.

Der radikale Abgeordnete Hesse erklärte, man möge wohl be-  
denken, was man tue, denn man mache sich schuldig, wenn man eine  
Ministerkrise am Vorabend des Tages heraufbeschwöre, an dem der Ministerpräsident Frankreich im Völkerbund vertreten  
müsse. Auch der Abgeordnete Raoul Peret, der Führer der  
Fraktion Loucheurs, erklärte, man möge in dem Augenblick,  
in dem der Ministerpräsident sich nach Genf begeben müsse, ihm die  
notwendige Autorität, Frankreich zu vertreten, verschaffen. Seine  
Partei werde die Zahlungssteuer annehmen. Die Regierung  
stellt hierauf gegen den Antrag Lafont die Vertrauensfrage.  
Es wird abgestimmt.

Die Sozialisten und die Kommunisten stimmen geschlossen gegen  
die Regierung, die Radikalen und die sozialistischen Republikaner  
stimmen für das Kabinett, ebenso die radikale Linke. Die Links-  
republikaner haben sich getrennt, während die Rechte, einschließ-  
lich der Fraktion Louis Marin, gegen die Regierung stimmt.

Da die Abstimmung zweifelhaft ist, wird eine Auszählung not-  
wendig. Um 6 Uhr 50 verläßt der Vizepräsident der Kammer  
das Abstimmungsergebnis. Der Antrag Lafont ist, wie bereits be-  
richtet, mit 274 gegen 221 Stimmen angenommen. Hierauf erheben  
sich die Radikalen und die Mitglieder der Mittelparteien und rufen  
„Es lebe Irland!“

Briand erhebt sich und verläßt unter dem Beifall der Linken  
und der Mittelparteien mit sämtlichen anwesenden Ministern den  
Saal. Die Sitzung wird um 6 Uhr 55 geschlossen. Briand erklärte  
in den Wandelgängen der Kammer, er werde sich unmittelbar ins  
Eisfeld begeben, um die Demission des Kabinetts zu überbringen.  
Er sei jetzt gezwungen, auf seine Reise nach Genf zu verzichten.

### Der Eindruck in Berliner amtlichen Kreisen.

Die deutsche Abordnung zur Völkerbundtagung trifft heute  
abend um 10 Uhr in Genf ein. Die Nachricht von den Vor-  
gängen in der französischen Kammer dürfte die deutsche Abordnung  
heute vormittag im Zuge, etwa in der Gegend von Heidelberg, er-  
halten haben. An amtlichen Berliner Stellen ist man ohne direkte  
Nachricht aus Paris, man hat jedoch nicht Beforgnis, daß die  
Pariser Vorgänge eine direkte Einwirkung auf die Völker-  
bundtagung haben werden, da Briand und Paul Boncour als Ver-  
treter Frankreichs im Völkerbundsrat und in der Völkerbunds-  
versammlung bereits bestimmt sind und die französische Kammer  
vor wenigen Tagen mit einer gewaltigen Mehrheit die Ratifizierung  
der Locarno-Verträge beschlossen und damit die Locarno-Politik ge-  
billigt hat, zu der ja auch der Eintritt Deutschlands in den Völker-  
bundsrat und die Einräumung eines ständigen Sitzes an Deutsch-  
land gehören.

### Bestürzung an der Börse.

Die heutige Berliner Vorbörse war infolge des  
Sturzes des Kabinetts Briand sehr bestürzt und ge-  
weist große Positionsbewegungen vorzunehmen. Bei Eröffnung des  
offiziellen Verkehrs jedoch erwies sich die Tendenz als sehr wider-  
standsfähig und teilweise neuerlich behauptet, da infolge des frühen

Börsenbeginns ein Teil der eingelaufenen Frotz- und Kundschäfts-  
orders nicht mehr gestrichen werden konnten.

Später setzte sich auch hinsichtlich der politischen Lage eine  
wesentliche Beruhigung durch. Doch blieb das Bestreben  
der Spekulation deutlich erkennbar, sich über den Sonntag freizu-  
machen. Montanaktien gaben etwa 1 Proz. nach, Kollattien waren  
fest, während chemische eher zur Schwäche neigten, von Elektro-  
papieren Aktus sehr fest, von sonstigen Industriaktien besetzt  
RAG, Schubert-Salzer, Telephon, Berliner. Schiffahrtsaktien gaben  
in der ersten Börsenstunde nur etwa 1 Proz. nach mit Ausnahme von  
Hansa, die schwächer waren. Von Banken bankletrischer Werte  
und Braubant recht fest. Am Rentenmarkt zeigten sich wenig Verände-  
rungen. Enoten matter, Kriegaanleihe 0,382, Schutzgebiet 6,70. Der  
Geldmarkt bleibt un verändert leicht. Der französische Franken gab  
infolge der Krise schnell von 130 bis 134 1/2 nach.

### Die Delegationen in Genf.

#### Refordzahlen an Ministerpräsidenten und Außenministern.

Genf, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Liste der Dele-  
gationen zur Völkerbundsversammlung umfaßt 7 Minister-  
präsidenten und 13 Außenminister. Das ist die bisher höchste  
Zahl.

#### Strefemann geht „mit innerer Ruhe“ nach Genf.

London, 6. März. (W.B.) „Daily Express“ veröffentlicht eine  
Unterredung mit Strefemann. Danach erklärte der deutsche  
Außenminister, wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, er-  
warte es, die Organisation des Bundes unverändert vor-  
zufinden. Für die Verhinderung von Veränderungen  
im Völkerbundsrat anlässlich des deutschen Eintritts müsse von den  
Locarno-Mächten Sorge getragen werden.

Genf, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Liste der Dele-  
gationen zur Völkerbundsversammlung umfaßt 7 Minister-  
präsidenten und 13 Außenminister. Das ist die bisher höchste  
Zahl.

Solange Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei,  
erachte er sich nicht für zuständig, eine Ansicht über irgend-  
welche künftige Veränderungen in seiner Organisation auszusprechen,  
insbesondere in der Zusammensetzung des Rats.

Strefemann schloß: Ich begeben mich auf die Reise nach Genf  
weder mit einem übertriebenen Pessimismus noch mit einem  
allzu großen Optimismus, sondern mit innerer Ruhe und  
in der Gewißheit, daß Deutschland, wenn ihm der Eintritt in den  
Völkerbund ermöglicht wird, sich von keinem Lande in der  
Wahrung der Interessen des Völkerbundes über-  
treffen lassen wird.

#### Protest gegen Bethlen.

Die sozialistische Presse der ganzen Schweiz richtet gegen den  
Grafen Bethlen als Delegierten zum Völkerbund scharfe An-  
griffe. Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Genf ver-  
anstaltet gegen seine Anwesenheit eine Protestversammlung.  
Die Genfer Polizeibehörden lassen Bethlen im Hotel und auf seinen  
Fahrten zum und vom Völkerbundssekretariat durch Detektive be-  
gleiten.

Am Finanzkomitee des Völkerbundes, wo Bethlen am  
Freitag über das ungarische Budget für 1926 und über die Umge-  
staltung des zentralen Geldinstituts Aufschluß erteilte, sind die Frank-  
fälschungen nicht zur Sprache gebracht worden. In einer Unter-  
redung erklärte Bethlen, daß er keinen Anlaß habe, etwas über  
die Frankfälschungen vorzubringen, wenn von seiner Seite ein  
Angriff erfolge. Die Absicht gewisser Regierungen soll dahingehen,  
nach Maßnahmen des Völkerbundes gegen die Herstellung falschen  
Geldes zu rufen, doch dürfte dies wahrscheinlich erst nach dem  
Urteilspruch der ungarischen Gerichte der Fall sein.

Reise Wieths nach Russland. Dr. Wieth wird in den nächsten  
Tagen eine Reise nach Russland antreten, von der er voraussichtlich  
erst nach Ostern zurückkehren wird.

### Um den Platz der Republik.

#### Die „Waterländischen“ drohen.

Dem Führer der sogenannten Waterländischen Verbände,  
General Grafen v. d. Goltz, will es nicht in den Kopf, daß der  
Platz, in den die Siegesallee mündet, Platz der Republik  
heißen soll. Darum wendet er sich in der „Deutschen Zeitung“  
an die preussische Regierung mit der folgenden Drohung:

Die preussische Regierung steht vor einem entscheidenden Ent-  
schluß, der unendlich viel mehr als nur hauptstädti-  
sche Bedeutung hat... Nachgeben unsererseits wäre Verrot  
an Volk und Vaterland. Man soll das bedenken. Will man den  
Kampf, nun gut, wir sind bereit, aber wir sind dann unerschütterlich.  
Es werden dann schwerste Zeiten kommen. Aber international, pan-  
europäisch, sozialistisch und bolschewistisch (beides sind am letzten Ende  
daselbe) werden wir niemals werden.

Niemand verlangt vom General v. d. Goltz, daß er etwas  
von der Art der gräßlichen Dinge wird, die er da nennt. Auch  
wäre es unbillig, von ihm zu verlangen, daß er lernt, die  
politischen Begriffe auseinanderzuhalten, die er durcheinander  
wirft; das würde seine geistigen Fähigkeiten übersteigen.  
Dringend notwendig aber ist, ihm und den Seinen Ver-  
ständnis dafür beizubringen, daß sie die bestehende Staats-  
ordnung zu respektieren haben und daß sie eins auf den Kopf  
bekommen werden, wenn sie daran denken sollten, Unfug zu  
treiben.

Wer Deutschland mit „schwersten Zeiten“ bedroht, wenn  
ein Platz einen Namen bekommt, der ihm nicht gefällt, der  
verdient, von der Polizei besonders sorgfältig behütet zu wer-  
den. Die preussische Regierung wird aber schon aus päd-  
agogischen Gründen vor Drohungen nicht zurückweichen dürfen.  
Seine „waterländischen“ Herrschaften haben vor der Republik  
doch erst dann Respekt, wenn sie sich Autorität verschafft!

#### Die Antwort Severings.

Der preussische Minister des Innern hat auf die Anfrage  
der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen über die  
Umbenennung des Königsplatzes in Berlin nachstehende  
Antwort erteilt:

„Ein Antrag auf Umbenennung des „Königsplatzes“ in Berlin  
als „Platz der Republik“ liegt mir noch nicht vor. Da ich  
aber die von den Fragestellern gegen die Umbenennung erhobenen  
Bedenken als berechtigt nicht anerkennen vermag, würde ich keinen  
Anlaß sehen, einem entsprechenden Antrage die staatsministerielle  
Einwilligung zu verweigern.“

Diese Antwort ist klar und eindeutig. Sie gibt nicht nur  
den Volksparteilern und Deutschnationalen, sie gibt gleichzeitig  
dem v. d. Goltz und seinen Trabanten.

### Sportwesen und Leibesübungen.

#### Aus dem Haushaltsausschuß.

In einer besonderen Abend Sitzung beschäftigte sich der Haus-  
haltsausschuß bei der Beratung des Etats des Ministeriums des  
Innern mit der Förderung des Turn- und Sportwesens.

Genosse Schreck hielt in mitternächtlicher Stunde  
eine großangelegte, von allen Parteien mit sichtbarem Interesse auf-  
genommene Rede, in der er als alter Sportler die Notwendigkeit  
höherer Mittelsbewilligung als der im Etat vorgesehenen  
400 000 M. eingehend begründete.

Der Reichsausschuß für Leibesübungen, dessen Vorsitzender Ge-  
nosse Schreck ist, hatte 3 Millionen gefordert. In der Debatte wur-  
den hiergegen gewisse Bedenken geltend gemacht, so daß auch in  
Rücksicht auf die vorgerückte Stunde sich der Ausschuß auf heute  
Sonnabend vertagte.

Bei der heutigen Beratung wurde auf Grund eines An-  
trages aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschnatio-  
nalen und der Kommunisten, die Summe von 400 000 M.  
auf 1 Million erhöht und ferner eine Entschädigung ange-  
nommen, die besagt, daß je nach Bedarf vorbildliche Anlagen der  
Sportvereine in einem Nachtragsetat berücksichtigt werden sollen.

### Der Kuß um Mitternacht.

Von Max Bernardi.

Nicht ein Kuß. Viele. Und viele Zärtlichkeiten.  
Vom Himmel rieselt es, auf den Straßen klüsst es und in den  
Haustoren steht es. Das Paar. Die Pärchen.  
Bogenlampen schwimmen im Nebel. Elektrische fingen mono-  
ton durch die Nacht. Ein Auto hup fern — die Pärchen stehen en-  
geaneinandergedrängt vor den Haustüren. Vor fremden.  
Bummler kratzen nach Hause. Dirnen gähnen müde — die  
Pärchen stehen im fremden Haustor.

Du erschrickst, wenn du auf dem Heimweg an den düsteren  
Straßenfronten vorbeibist. Wenn du vor deiner Haustüre  
schläfrig in den Manteltaschen nach dem Hauschlüssel tastest und vor  
dir wächst aus der Finsternis eine Pelsboa wie ein unheimliches  
Geister und auf dem Rücken dieses Tieres sitzt eine rote, trabende  
Hand — ei, natürlich erschrickst du!

Und es, das Geister mit der roten Hand — es rührt sich nicht.  
Nicht im mindesten. Hab' dich längst kommen sehen und — steht ja  
an einem fremden Haustor. Ein Pärchen Liebender? Nein. Ver-  
liebter? Nein. Verliebener!

Und küßen und zärteln seit sie Abschied voneinander nahmen,  
seit sie aus dem kleinen Café, aus der Bierstube traten. Können  
sich in müder Seligkeit nicht trennen.

Selbst von Mitternacht bis Eins ist der Kuß zu kurz. Er ver-  
spricht so viel und kann doch nichts halten — deshalb ist er doch  
wieder zu lang, dieser Kuß um Mitternacht.

### „Victoria.“

Wieder ist es Max Reinhard gelungen, aus einer jaden-  
scheinigen Komödie einen brillanteren Theatererfolg zu machen.  
Und dabei ist Reinhard offenbar nicht mit dem Herzen bei der Sache  
gewesen, sondern hat die Regie so nebenher aus dem Handgelenk  
geschüttelt. Vor anderthalb Jahren schon, als W. S. Raughams  
„Victoria“ im Theater in der Königgräber Straße zum ersten-  
mal aufgeführt wurde, kam uns das Stück etwas verspätet vor. Es  
spielt in der Nachkriegszeit, wo die Verjüngung mit Lebensmitteln  
noch nicht klappte und wir alle lauter Tricks anwandten, uns welche  
zu verschaffen. Das und die Mittelchen, mit denen man sich vom  
Schuppenboden gedrückt hatte, war schon damals nicht mehr aktuell.  
Reinhard hat, obwohl er Raughams Stück erheblich umgearbeitet  
hat, diese nicht mehr interessierenden Stellen nicht ausgemergelt. Ihm  
kam es nur darauf an, aus dem Schwanz eine Farce, eine Groteske  
zu machen. Und das ist ihm, weiß der Himmel, gelungen. „Vic-  
toria“ lebt von einem durchaus witzigen Einfall, von der Umbeugung  
des tragischen Cnoch Arden-Stoffes ins Späßige. Der Totpelagte  
lehrt zurück, seine Frau ist verheiratet und belde rechtmäßigen Ehe-  
männer wollen die Frau los sein. Sie verzichtet, sich überlistend,  
in gespieltem Ekel auf ihre Rechte. Der englische Autor, der

von Bernard Shaw viel gelernt hat, veralbert höchst pikant die  
hohle noble Gesellschaft, die mit verbindlichem Lächeln herzlos ist,  
lächerliche Banalitäten und Kleinigkeiten für den Sinn des Lebens und  
entwickelte Kultur hält. Diese pikanten Spitzchen gegen den Zeitgeist  
gehen in Reinhardts Inszenierung verloren, ohne daß damit der Ge-  
nuß des Abends geschmälert würde. Denn die Aufmachung ist so gro-  
tesk, daß das Parquet in rosigste Laune gerät und eine Lachsalbe nach  
der anderen die vornehm „Komödie“ am Kurfürstendamm erschüttert.  
Der Erfolg gibt ihm recht. Reinhardts „Victoria“ wird mehr Auf-  
führungen erleben als die „Victoria“ des Theaters in der König-  
gräber Straße. Diese Feststellung ist interessant, weil die In-  
szenierung in der „Komödie“ im Grunde eine Veräußerlichung und  
Verfälschung darstellt.

Für das hohe Salonpüppchen Victoria hatte sich Herr Reinhard  
Lilij Darvas aus Wien geholt. Aber so weit her war es  
mit ihr doch nicht. Camilla Spira mit ihrem ständigen leeren  
Lachen hat es damals besser gemacht. Lilij Darvas ist zwar ent-  
zückend anzusehen, spielt auch eine innerlich ausgeglichene Dame von  
Welt mit konventionellem Lächeln, aber sie ist noch konventioneller  
und noch gezielter als es ihre Rolle verlangt. Auch Hedwig Bleib-  
treu vom Wiener Burghaus hat mehr Spaß in ihre Schwieger-  
mutter legen können. Dafür waren die übrigen Darsteller Kurt  
Geig, Paul Otto, Richard Romanowski (ein Schieber  
in ganz neuem, schüchtern-verschwiegendem Spiel) und Max Güt-  
storff jastige Lustspielfiguren. Und überall sprühte das Schwant-  
und Tanztalent des untergeordneten Curt Bois. Sein Tanz-  
lehrer Edward ist darstellerische Groteske in Reinkultur.

Reinhard hat zu der Groteske eine mustafällige Unterma-  
lung (Kammerstück am Flügel) erdacht. Eine eigenartige Idee. Wann  
werden, um das Theater zu heben, Wohlgerüche durchs Parquet  
ziehen? Ernst Degner.

#### Vom Seelenleben der Frau. Prof. W. Liepmann vom

Institut für Frauenkunde leitete in der Urania eine Vortrags-  
reihe über „Neue Erkenntnisse des Seelenlebens der Frau und ihre soziale Bedeutung“ mit einem Aufsatz  
und Vergleich der Seelenforschung und der Entwicklungspsychologie  
ein. Ausgehend von Häckels Entwicklungslehre, die die Einzelent-  
wicklung vom Ei zum fertigen Individuum die Entwicklungsstadien  
der ganzen Art von der Urzelle an wiederholt, stellt Liepmann die  
Grundgesetze der gefundenen Frau bzw. des Mannes als die  
gleichen wie die Ureigenschaften von Ei bzw. Samenzelle dar: das  
dotterreiche, unbewegliche, träge, erdgebundene, wesentlich passive Ei  
und der vagabundierende, lebendige, lindige, wesentlich aktive Same.  
Die Eizelle, die Frau, ist, weil sie — da sie allein unter der Last der  
Fortpflanzung leidet — auch an anderes als sich selbst, an die Zu-  
kunft denkt, nach Liepmanns Ansicht die „Trägerin des sozialen Ge-  
bankens“. Dieser die ganze Ethik begründende Faktor fehlt der  
Samenzelle, dem Manne. Dieser sei auch — wenn er nicht gerade im  
Kriege oder Gasthaus raufe — unverwundbar, während der Träger  
des weiblichen Prinzips, die Eizelle und die Frau, naturgegeben ver-  
wundbar seien (Blutungen beim Verlassen des Eierstocks, der Gebä-  
rutter, bei der Geburt usw.). Diese naturgegebene Verwundbarkeit  
bedinge und erkläre die stärkere Reizbarkeit und Erregbarkeit im  
Wesen der Frau. — Diese Ureigenschaften des Trägers des weiblichen

Prinzips soht Liepmann im „Gesetz vom dreifachen Grunde“ zu-  
ammen, deren erster das Hemmungsgesetz ist (das wesentlich passive),  
der zweite das Gesetz der Verletzlichkeit (das die Reizbarkeit erklärt  
und darstellt), der dritte Träger der ganzen Weltanschauung. Liepmann  
zeigte am Schluß des Vortrages, den er am 10. und 17. März weiter-  
führt, einen von Prof. Hans Friedenthal sehr gut zusammengestellten  
„Aufklärungsfilm“ von der „Entwicklung des Menschen“, der —  
wissenschaftlich ausgezeichnet und doch leicht verständlich wie er ist —  
durch alle Schulen wandern müßte. Gewe.

Jünglingsjahre Bestehen der Nationalgalerie. Die Berliner  
Nationalgalerie kann in diesem Monat auf ein 50jähriges Bestehen  
zurückblicken: der 21. März 1876 war der Geburtstag der Galerie.  
Das Museum begeht diesen Tag nicht etwa mit einer Feier, sondern  
als Arbeitstag: der jetzigen großen Veranstaltung, der Carininh-  
ausstellung wird im April die Ausstellung neuer schwedischer Malerei  
folgen, die jetzt in Hamburg ist und die noch nach Lübeck geht, ehe  
sie im April nach Berlin kommt.

Die drahtlose Filmübertragung macht auch in England weitere  
Fortritte. John Baird hat die Erfindung eines Apparats dafür  
so weit ausgearbeitet, daß er vom englischen Postminister die  
Erlaubnis erhalten hat, in London eine Fernübertragungsexperi-  
mentation einzurichten. Von hier aus sollen Filmopern an  
Mundfunkteilnehmer, deren Empfangsapparate eine Aufnahmefläche  
für die übertragenden Filme haben, dreibriert werden.

Erleuchtungen der Woche. Sonntag. Oper am Königplatz:  
„Berber“, „Dionys“, „Schiller“, „Spiel des Lebens“,  
„Donnerstag“, „Die Welt“, „Prinzessin Gulch“, „Freitag“,  
„Schonfrist“, „Die Besessenen“, — 10. in d. Königgräber  
Straße: „Mrs. Cheynes Ende“, — „Reinhold“, „Graba-  
mal des unbekannten Soldaten“.

Urania-Vorträge. Montag (5. 9.), Dienstag (5. 7. 9.), Mittwoch (5.), Donnerstag  
(5. 9.), Sonnabend (5. 7. 9.): „Die verlorenen Welt“, —  
Kunst, Donnerstag (7.): „Marokko, Algerien, Tunisien  
im Wandel der Zeiten“, — Mittwoch (6.): „Die weiße Robie“,  
Mittwoch (7.): „Neue Erkenntnisse des Seelenlebens der Frau“.

Kunstmessen. Sonntag, den 7. 10 Uhr vorm. Linden am  
Fährweg im Neuen Museum (Kupferm 1000 b. Gr.). Dr. Wolf  
— und im Kaiser-Friedrich-Museum (Schöneberg, Gemälde),  
Dreher-Denkmal — hat. Zufahrt bis 10 Uhr. Und von Beginn an  
Eingang der genannten Museen in 15 Minuten Anzahl erhältlich.

Haller-Kunst. Die Direktion des Theaters im Admiralspalast hat sich  
entschlossen, eine „Volksmäßige Woche“ der Haller-Kunst „Kunst-  
Welle 60“ zu veranstalten, bei der die ganze Vorstellung zu talen  
Preisen (von 1.— bis 2.—) gegeben wird. Die vollständige Woche  
läuft vom 7. bis zum 14. März ein.

Das Verhältnis zw. Kunst und Gemeinschaft. Am 8. 8 Uhr,  
im Reichswirtschaftsrat, Vorträge 15. von der Gesellschaft der  
Freunde der Sozialistischen Monatshefte zur kontra-  
historischen Diskussion gehalten. Referate: Wolfgang Heine über die Ge-  
fährdung des freien Kunstschaffens in der deutschen Republik, und Adolf  
Dehnes über die Aufgaben und Möglichkeiten der Kunst in der Gemeinschaft.

Verwaltungssabemir. Es ist geplant, in Verbindung mit der  
Unterstützung eine Verwaltungssabemir zur Fortbildung der Verwal-  
tungsbeamten einzurichten.

# An das intellektuelle Deutschland.

## Aufruf.

Zu einer Zeit, in der breite Schichten des Volkes sich immer härter als im Kriege, in der die notwendigsten Kultur-aufgaben vernachlässigt werden müssen, in der es nicht möglich ist, den Wohnungslosen ein Heim, den Kranken zureichende Nahrung, den Opfern des Krieges und der Inflation die geschuldete Unterstützung zu gewähren, — in einer solchen Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes und der allgemeinen Verarmung, wagen es die ehemaligen Fürsten, Vermögensansprüche in Höhe von mindestens drei Milliarden Goldmark auf den Staat zu stellen.

### Auf diese Herausforderung gibt es nur eine Antwort: entschädigungslose Entleerung.

Diese Maßnahme ist notwendig geworden, nachdem die Gerichte sich als willfährig genug erwiesen, für die Fürsten und gegen die notleidenden Volksmassen zu entscheiden. Sie ist ein Akt der Selbstverteidigung und der Notwehr aller derer, die durch Krieg und Inflation um Hab und Gut gebracht, also ebenfalls enteignet worden sind, und die jetzt der Wirtschaftskrise und dem Steuerdruck erneut zu erliegen drohen. Sie ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit: Wenn der Staat die Opfer des Krieges und der Inflation mit Bettelspennungen zu entschädigen magt, dürfen die Fürsten, die an dem Unglück Deutschlands in erster Linie mitschuldige sind, nicht bevorzugt und mit Milliarden abgefunden werden.

Millionen Deutsche aus allen politischen Lagern und allen sozialen Schichten haben die Forderung der entschädigungslosen Entleerung der Fürsten begeistert aufgenommen und verlangen stürmisch eine schnelle und klare Entscheidung.

Jetzt gilt es, dem Volkvermögen Milliarden an Geldeswert zu erhalten und sie den durch Krieg und Inflation schwergeschädigten Schichten zuzuführen.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie sich in die Massenbewegung einreihen und sich dem Volkswillens für entschädigungslose Entleerung der Fürsten anschließen.

- Frau Gertrud Boer, Berlin — Max Barthel, Schriftsteller, Berlin — Johannes A. Becker, Schriftsteller, Berlin — Dr. Wolf Behne, Schriftsteller, Berlin — P. Berr, Berlin — Dr. Hermann Dunder, Schriftsteller, Berlin — Dr. Albert Einstein, Universitätsprofessor, Berlin — Franz Carl Endres, Major a. D., Stuttgart — Frau Gertrud Esholdt, Schauspielerin, Berlin — A. Frennuth, Senatspräsident a. D., Berlin — Eduard Fruchs, Schriftsteller, Berlin — Dr. Konrad Georg, Schriftsteller, Berlin — Erich Godol, Maler, Berlin — Paul Graeb, Schauspieler, Berlin — George Groß, Maler, Berlin — Dr. C. Grünberg, Universitätsprofessor, Frankfurt a. M. — Wilhelm Herzog, Schriftsteller, Berlin — Dr. Kurt Hiller, Schriftsteller, Berlin — Siegfried Jacobsohn, Herausgeber der „Weltbühne“, Berlin — Alfred Kerr, Schriftsteller, Berlin — Dr. Kurt Krusten, Schriftsteller, Berlin — Kurt Kläber, Schriftsteller, Jena — Frau Professor Käthe Kollwitz, Berlin — Leo Lania, Schriftsteller, Berlin — Emil Lind, Oberregisseur, Berlin — Frau Ute Lollo-Lind, Berlin — Walter Loeb, Staatsbankpräsident a. D., Frankfurt a. M. — Paul Lobe, Reichstagspräsident, Berlin — Dr. Max Müller, Universitätsprofessor, Breslau — Frau Clara Marx, Breslau — Arthur Mischel, Schauspieler, Berlin — Leonard Nelson, Universitätsprofessor, Göttingen — Conny Neubauer, Maler, Berlin — Professor Paul Ostreich, Berlin — Max Pechstein, Maler, Berlin — Gotthard Perjus, Kapitänleutnant z. S. a. D., Berlin, Frau Thea Perjus, Berlin — Erwin Piscator, Oberregisseur, Berlin — Hans Reimann, Schriftsteller, Frankfurt a. M. — Dr. Schaezel, Universitätsprofessor, Jena — Bruno Schönant, Schriftsteller, Berlin — Hans Stenfen, Schriftsteller, Berlin — Frau Dr. Helene Stöder, Berlin — Ignaz Wrobel, Schriftsteller, Paris — Professor Heinrich Zille, Berlin.

## Die Republik stabilisiert.

### Demokratischer Dant an Sebering.

Der Preussische Landtag verwies in seiner heutigen Sitzung zunächst einen Antrag über Maßnahmen gegen die Verunreinigung des Inlandsverkehrs durch den Hauptausfluß und Himme einer Roselle zum Gerichtsverfahrensgericht zu, wonach auch Rechtsanwälte, abgebaute Richter und sonstige Personen, die die Befähigung zum Richteramt erlangt haben, zeitweilig mit der Wahrnehmung richterlicher Geschäfte betraut werden können. In Strafsachen sollen Hilfsrichter nur insoweit verwendet werden können, als es sich um Richter im Ruhestand handelt.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Innern spricht Abg. Dr. Erzmet (Dem.) dem Minister Sebering den Dank der Demokraten dafür aus, daß er in der Personalpolitik die Interessen der Republik vorgezogen und so den Staat stabilisiert habe. Bis marck habe in einem Erlaß als Pflicht der politischen Beamten bezeichnet, bei Wahlen die Regierung zu unterstützen. Heute komme alles darauf an, daß der Verwaltungsapparat fest in der Hand des Ministeriums bleibe. Wenn der politische Beamte die Pflicht verläßt, die Republik bei den Einwohnern zu festigen, müsse er vom Amte weichen. Im ostpreussischen Provinziallandtag hat die gesamte Rechte nur eine einzige Stimme mehr als die Linke einkassiert. Es kann also nicht von einer überwiegen den Mehrheit der Rechten in Ostpreußen gesprochen werden. Die Selbstüberhebung der Deutschnationalen muß diese bald völlig isolieren, wie das bereits in Oberschlesien der Fall ist. Es sei verwunderlich, in welcher Weise die Deutsche Volkspartei in Ostpreußen Trabanten der Deutschnationalen sei. Der Redner weist die Sehe gegen den demokratischen Oberpräsidenten Siehr zurück und erklärt, es müsse unbedingt ein schöner und großer Platz in Berlin zu Ehren der Republik benannt werden.

Zum Schluß äußert der Redner seine Verwunderung darüber, daß der Abg. Baedeker die schwarze Reichswehr und die unterständlichen Verbände gelobt hat, obwohl sich durch die Feme-morde bei diesen Gekinnungsfreunden ein Tiefstand der Bevölkerung gezeigt habe, wie er noch nie bestand. (Erbhafte Entzückung rechts und Zurufe: Unerschämtheit! Unwahrheit! — Gegenhandlungen links.)

Abg. Schwank-Oberhausen (W. Va.) betont, daß seine Parteifreunde sich nicht in den Streit der Linien mit der Rechten einmischen würden. Ungehört und unrecht seien die Ausführungen des Abg. Baedeker (Dnall.) gewesen, die dem Minister Sebering vorwarfen, durch ihn sei der Ruhrkampf verloren worden. Im Ruhrkampf hätten alle Volksteile, bis zur äußersten Linken, ihre Pflicht getan. Der Redner hebt dann hervor, daß seine Partei nicht in grundsätzlicher Opposition zur Regierung stehe, sondern auf dem Standpunkt größtmöglicher Mitarbeit. Es kommt, so betont der Redner, uns im gegenwärtigen Augenblick auch nicht auf die Staatsform an. Das Wesentliche besteht vielmehr darin, an der Staatserhaltung und Staatsförderung mitzuwirken. Notwendig ist auch, ebenso wie es früher bei der Monarchie war, daß die Beamten der Republik die Republik stützen. Es gilt, sich auf den Boden der gegebenen Staatsform zu stellen und in dieser am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten. Wenn ein Beamter gegen seinen Eid verstößt, gibt es auch für mich, der ich nicht so fest auf republikanischem Boden stehe, nur Entlassung aus dem Amt. (Sehr richtig! links.) Zum Schluß erörtert der Redner Mittelstandsfragen und bedauert insbesondere, daß die wenigen Kreditmittel der Sparkassen von den Kommunen beschlagnahmt werden, während die Kreditnot des Handels und Gewerbes unberücksichtigt bleibe.

# „Lichtbild“ im Volksbegehren.

Dem „deutschen“ Gemeinwohl, der so ängstlich bedacht ist, daß die pp. Egriffen vor der sogenannten „äußersten Not“ bewahrt bleiben, muß alles und jedes zum Besten dienen. Da besteht nun schon seit langen Jahren (sozusagen von der Erfindung der Photographie her!) der läbliche Gebrauch, daß das Lichtbild zur Darstellung einer Persönlichkeit herangezogen wird, z. B. beim Wahlrecht mit zweifelloser für die Grundsätzlichkeit und — Unparteilichkeit der reaktionären Parteien, daß ihr Vorsitzführer bei der Debatte im Berliner Stadtparlament, der Major a. D. v. Becklin, das Vorzeigen eines Lichtbildes zur Feststellung der Identität des Einzelwählenden forderte. Ein genialer Gedanke, der aber doch noch sehr verbesserungsfähig ist. Hat der Herr Major a. D. noch nie etwas von der Bedeutung der Fingerabdrücke gehört? Wie wäre es, wenn vorgeschrieben werden könnte, daß jeder „Revolutionär“ erst seine Finger bei der Polizei abdrücken müßte, um dann mit dem abgestempelten „Normalabdruck“ vor dem Wahlleiter zu erscheinen, vor dem nun nochmals „abgedrückt“ werden müßte, worauf die wissenschaftliche Vergleichung durch hierzu befähigte, d. h. im deutschnationalen Sinne ausgebildete „Prüfer“ zu erfolgen hätte. Bis dieser Instanzenweg durchlaufen ist, wäre wohl der für die Einzelwahl vorgesehene Zeitraum abgelaufen. Schlagen wir aber das Buch der Schikanen in früherer Zeit noch um einige Seiten zurück, so finden wir da ein so durchgreifendes Mittel, um „politische Exzesse“ zu verhindern, daß man wirklich an eine schon jetzt eingetretene Altersschwäche der Deutschnationalen glauben muß, die sie verhindert, von dem Rezept aus der Puttkamer-Zeit Gebrauch zu machen. Damals wurde eine Verfassung von Menschen zu politischen Zwecken überhaupt nicht gestattet, wenn in dem Umkreise von 5000 Seelen (auf ein Dutzend mehr oder weniger kam es nicht an) irgendein Mensch an Typhus, Diphtherie oder einer ähnlichen ansteckenden Krankheit gestorben war. „Verfassungen von Menschen“ wären geeignet, die Krankheit zu verbreiten — folglich müssen Verfassungen verboten werden. Da nun in Berlin und Umgebung leider ja noch immer Menschen an Krankheiten sterben, die ansteckend genannt werden, so liegt das Verbot der Anwesenheit von Menschen in und vor den Lokalen der Einzelwahl greifbar nahe. Wenn alle Viertelstunde ein Mensch in den gewöhnlichen Raum eingelassen wird, in dem von dem deutschnationalen Wahlleiter noch für ausreichende Karbolbeimpfung gesorgt werden könnte, würde die Verbreitungsgeschwindigkeit ein geringes herabgedrückt werden und die Ausübung des staatsbürgerlichen Rechtes der Mehrzahl der Eigentümsheligschänder lausorisch sein . . .

Das Einzelwahllokal Tempelhofer Ufer 20 ist nach außen hin durch die Plakate des Bezirksamts Kreuzberg gekennzeichnet. Der Betrieb war wesentlich stiller als am ersten Tag. Besonders in den Abendstunden legt stärkerer Zugang ein. Die Turnhalle der 160/165. Gemeindefschule — der Einzelwahllokal — ist über verschiedene Höfe recht schwer zu finden. Das Verhalten der diensttuenden Beamten wird als korrekt bezeichnet. Schwierigkeiten des Einzelwahllokal sind nicht vorgekommen. Im Lokal Gneisenaustraße 7 scheint das Verhältnis der Einzelwählenden zu den diensttuenden Beamten kein besonders günstiges zu sein. In den Abendstunden hat eine starke Einzelwahllokalität eingeleitet. Besonders bemerkenswert ist die Aktivität der Arbeiterfrauen, die das schlechte stürmische Wetter nicht hindert, ihre republikanische Pflicht zu erfüllen. Die Einzelwahl im Lokal Hagelberger Straße 34 ist eine überaus rege. Das Lokal ist ordnungsgemäß noch außen hin gekennzeichnet. Gegen 7,15 Uhr abends wurden nicht weniger als 30 Leute im Raum gezählt. Die Beamten erleichtern den Einzelwahllokalen pflichtgemäß die Arbeit. Ein Ordner führt die Kommenden nach Bezirken geordnet an die Tische. Diese Unterstützung des Publikums ist zu begrüßen und nachahmenswert. Leider ist der Eingang zur Turnhalle reichlich dunkel. Einzelwahllokalraum in der Wilhelmstraße 117. Hier hat unser Protest gewirkt. Die Einzelwahllokalität ist noch außen hin als solche plakatiert. Auch letzte der Dienst heute pünktlich ein. Der Betrieb ist nicht übermäßig intensiv, doch ist ein entschiedener Fortschritt unverkennbar.

Die Wegweiser in den Schulen zu den verstreuten Turnhallen sind nicht mehr notwendig. Familienweise rücken die Einzelwähler heran. Die Arbeit der freiwilligen Helfer wirkt. Jede Frau — und kommt sie auch gerade vom Einkauf — wird gefragt, ob sie sich schon eingeleitet hat. Meist haben die Helfer nach wenigen Worten Glück. Ein Scherzwort, und schon haben die Helfer neue Arbeit. In Brix, wo nur ein Einzelwahllokal ist, müssen lange Wege bis zur Einzelwahllokalität zurückgelegt werden. Und doch gerade die Älteren, die Sozialrentner, kommen von ihren armeneligen Lauben, weit draußen vor Brix, und zeichnen sich ein. Und fragt man, daß es doch un bequem sei, diesen weiten Weg zu machen, erwidern sie stolz: „Wir wären auch noch weiter gewandert.“

### Betrugslisten im Berliner Westen.

Eine besonders gemeine Art der Sabotage betreiben junge Weidenburger Hofentzueker in Wilmerdorf. Sie gehen mit Listen von Haus zu Haus und lägen trübsichten Frauen vor, sie könnten sich den Weg zum Einzelwahllokal sparen, wenn sie sich in die Liste einschreiben. Sie, die jungen Leute, seien vom Ausschuss und von den Parteien geliebt. Gegen diese Betrugsversuche muß natürlich schärfstens eingeschritten werden. Vorbüßig sei aber dringend gewarnt! Niemand darf auf diesen Schwindel hereinfallen!

## Die Veruntreuungen bei der Studentenschaft.

### Weitere Vernehmungen.

Die Veruntreuungen bei der Studentenschaft der Universität beschäftigen noch weiter die Kriminalpolizei des Polizeiamts Mitte und die Universitätsbehörde. Die Vernehmungen wurden in der vergangenen Nacht bis 12 Uhr fortgesetzt und heute morgen wieder aufgenommen. Die Prüfung der Bücher, die die Höhe der Unterschlagungen erst genau feststellen kann, ist noch nicht abgeschlossen. Aus dem vorigen Sommersemester, in dem Wilm Lehmann Kassenwart war, fehlen nach den bisherigen Ermittlungen etwa 45 000 bis 46 000 Mark. Im Laufe des jetzigen Wintersemesters hat Lehmann noch weiter 11 000 Mark an sich gebracht. Wie das möglich war, obwohl Lehmann jetzt nicht mehr Kassenerwart war, ist noch rätselhaft. Er war immer noch in der Lage, Quittungen zu unterschreiben und auch Gegenzeichnungen zu erhalten. Wer dabei beteiligt ist, muß noch im einzelnen festgestellt werden. Lehmann behauptet, daß auch andere um die Veruntreuungen gemußt hätten, weil ihnen ja bekannt gewesen sei, daß er nicht mehr Kassenwart war. Auch der Beamte der Quittur, der mit der Verwertung der Gelder zu tun hatte, hätte das wissen müssen. Die 11 000 Mark sollen auch zu den 20 000 Mark gehören, die Lehmann auf dem Wege zur Bank verloren haben will. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie ebenso wie alles andere Geld verpeudet worden sind. Wer alles an dem Verbruch der Gelder beteiligt gewesen ist, werden die näheren Ermittlungen wohl bald feststellen.

Von den Vertretern des Studentenwerks e. V. (arz. Dr. G. Richards) wird darauf hingewiesen, daß diese Organisation mit den ihr angefallenen Wirtschaft- und Fürsorgeämtern völlig selbstständig neben der Organisation der allgemeinen Studentenschaft stehe und daß ihre Geschäftsführung unabhängig von den Finanzverhältnissen der Studentenschaft sei. Dasselbe gelte von dem Deutschen Studentendienst von 1914. Der umfangreiche Wirkungskreis des Studentenwerks würde nach streng kauf-

männlichen Grundfähen verwaltet und kontrolliert werden, und die erst leghin vorgenommene offizielle Revision habe die Tadellosigkeit der Buch- und Kassensführung dargelegt.

Diese Erklärung, von der wir gern Kenntnis nehmen, ändert natürlich nichts an der Tatsache, daß die 56 000 Mark, die beim Studentenausschuss unterschlagen worden sind, heute schon als restlos verloren angesehen werden können. Die ganze Affäre ist um so bedauerlicher, als es sich ja nicht um staatliche Gelder handelt, sondern um eine Summe, die in kleinen und kleinsten Raten mühselig von den Studenten, die zum größten Teil mit einem kleinen Monatswechsel auskommen müssen, aufgebracht worden sind. Es wird nun zu erwägen sein, ob nicht nur eine Umorganisation, sondern überhaupt eine radikale Vereinfachung der gesamten Studentenhilfe möglich sein wird.

## Frauenfundegebung in Wilmerdorf.

In einer Frauenversammlung in Wilmerdorf sprach Genosse Piarrer Bleier: Wenn die Frauen versagen, ist der Kampf verloren. Die Frau betätigt sich ungern politisch. Aber diesmal geht es um das Gedeihen von Haus und Kind. Die Masse soll froh sein, wenn sie Bettelspennungen bekommt. Alle sollen Kulis werden, die aus der Hand freieren. Mit Fürsorgebetätigten kann man alles machen. Der Redner hatte die besten Beispiele: In Düsseldorf bekommt während des Krieges eine Frau ein Kind, ein kleines Mädchen. In derselben Stunde kommt die Nachricht vom Tod ihres Mannes vor dem Feind. Da bittet sie die Kronprinzessin Cäcilie, die Patenstelle zu übernehmen. Das geschieht gnädigst. Vor kurzem nun erinnert sich die arme Frau der hohen Patin und bittet um Hilfe für ihr Kind. Da bekommt sie 5 Mark und einen Brief vom Hofmarschall der Frau Kronprinzessin: Ihre Kaiserliche Hoheit sei leider nicht in der Lage, Kleidungsstücke oder sonst etwas zu schicken. „Hoffentlich laufen Sie etwas recht Praktisches, damit das Geld nicht unnötig verschwendet ist.“ Der hohe Gemah dieser Frau bedauert, einem armen Kriegskriemling nichts geben zu können, weil er selbst „gerade zu leben“ hätte. Das läßt er aber vom Adjutanten schreiben. Sie haben nichts übrig für die Kerntinnen. Sie legen Wert darauf, Christen zu sein, sind aber Abarisler und die brutalsten Auslager. Sie brauchen das Geld nicht, um sich zu kleiden und zu ernähren. Sie brauchen es, um die Mittel zur Knechtung jedes freien Instinkts, zur Austilgung aller Menschlichkeit zu haben. Auf die Frauen kommt es heute an, sie müssen an sich, an ihre Männer und Kinder denken.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich gestern abend, kurz nach 10 Uhr, auf der durch ihre zahlreichen Verkehrsunfälle bereits berühmten Potsdamer Chaussee in der Nähe des Jöhndorfer Sanatoriums „Waldfrieden“. Eine von Potsdam kommende Autodroschke fuhr mit voller Wucht gegen einen Chausseebaum, so daß der Chauffeur, der 43 Jahre alte D. Panin aus Berlin, Dienstrstraße 14, vom Sitz geschleudert wurde und mit schweren Verletzungen bewußtlos liegen blieb. Ein daher kommender Wagen bemerkte den Unfall und durch einen Krankenwagen wurde der Schwerverletzte nach dem Sanatorium „Waldfrieden“ transportiert, wo eine erhebliche Kopfverletzung, Bein- und Rippenbrüche festgestellt wurden.

Zu dem Artikel „Ein demokratisch-republikanischer Deutschnationaler“ in Nr. 102, Ausgabe B, Nr. 31 des „Vorwärts“ erlucht uns Dr. Beck-Wannler, Kleine Seestraße 21, auf Grund des § 11 des Pressegesetzes um folgende Berichtigung: Es ist nicht richtig, daß ich jemals einen Versuch gemacht habe, Berichterstatter der „Böhmischen Zeitung“ zu werden. Dr. Beck — Diese Zuschrift ist eine Erklärung. Die sehr notwendige Aufklärung wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

## Die Explosionskatastrophe in Prag.

### Die Ursachen noch unauferklärt.

Ueber die Explosionskatastrophe in Prag werden weitere Einzelheiten gemeldet. Die Verwüstungen in den Häusern sind unbeschreiblich. In der Wohnung eines Oberbauarbeiters in der Tschalgasse ist kein Gegenstand ganz geblieben. Die Fenster sind mit den Rahmen in Trümmer gegangen, die Zimmerdecken gesprengt und sämtliche Einrichtunggegenstände zerstört worden. Die Zahl der Verletzten steigt immer noch nicht fest. Von omlicher Seite wird noch wie vor darauf bestanden, daß nur zwei Personen getötet und 41 verletzt worden sind. Dagegen berichtet die „Bohemia“ in ihrer Sonnabend-Morgenausgabe, daß bis zum Mittag in die Krankenhäuser 62 Verletzte eingeliefert, in der Georgskaserne 21 Personen verbunden und außerdem noch von Privatärzten eine Anzahl Personen verbunden wurden, die auf die omliche Behandlung nicht warten wollten. Knapp vor der Mittagsstunde erschien der Landeskommandant Gonda in Begleitung eines Ordnonanzoffiziers. Daben kam es zu verschiedenen Zwischenfällen, weil viele Leute laut und nachdrücklich ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gaben, daß die Militärverwaltung solche gefährlichen Transporte durch die Straßen dulde. Abgeordneter Novak rief: Schlamperei über Schlamperei.

Das Sonnabend-Morgenblatt der Prager „Bohemia“ schreibt zu der Katastrophe: Vier Jahre hat Prag, mitten im Herzen des von Kriegsgreuel zerrissenen Europa heil und ungeschädigt überstanden, ohne daß sich auch nur ein Fingerring vom Frieden gelöst hätte. Nun geschieht plötzlich mitten im Frieden etwas, was sich während des ganzen Weltkrieges kein einziges Mal ereignet hat. . . . Es ist das Bild des Krieges im Frieden. Hinter der unmittelbaren Ursache der Explosionskatastrophe lauert eine ebenso schwere, wenn nicht noch schwerere Ursache. Hinter der Person des etwa verantwortlichen Offiziers steht ein größerer Schuldiger, steht der Geist des nicht mehr erratenden Militarismus, dem sich die tschechoslowakische Republik seit dem Beginn ihres Bestandes mit Haut und Haaren verschrieben hat.

Das Ministerium für nationale Verteidigung gibt bekannt: Die Militärverwaltung stellte sofort bei allen Stellen die strengste Unteruchung an. Die Kommission stellte wieder fest, daß die Handgranaten in gehörig plombierten Kisten zur Verladung vorbereitet, im Beisein des Angerewalters aufgeladen und die Begleitdokumente entsprechend gewarnt wurden. Die Kommission gelangte ferner zu dem Ergebnis, daß die Ursache der Explosion nicht in dem Zustand der Handgranaten und ihrer Verpackung zu suchen ist.

## Groß-Berliner Darteinrichtungen.

- 14. Kreis Kreuzf. Die Handbälle sind im Sekretariat von jeder Abteilung abzugeben.
- 44. Wkt. Sonntag, 7. März, normitions 9 Uhr. 91. Stadtblatt. Tischb. Vorbereitung bei Raad. Mantrafische, 47.
- 62. Wkt. Sonntag, 7. März, normitions 9 Uhr. Tischb. Vorbereitung von den bekannten Befehlen aus. Die Bezirksblätter haben heute, Sonntag, die Handbälle von Schloße. Thernstraße, ab.

## Sport.

### Boxkämpfe im Sportpalast.

In der Boxschule des Sportpalastes fanden am Freitag wieder vier gut besetzte Boxkämpfe statt. Es wurde nach amerikanischem System über vier Runden mit acht Unzen Handschuh gefocht. Mit richtigem Boxer deganeten sich Urban Gray (100 Pfund) und Kurt Rock (114 Pfund) im Ring. Der Kampf endete unentschieden. Einen interessanten Kampf lieferten sich Houna Spears (England) (133 Pfd.) und Ulrich, Deutschland (124 Pfund). Resultat: Unentschieden. Ferner deutsche Meister im Leichtgewicht Richard Kujdos (227 Pfund) verlor die Meisterschaft (192 Pfund) kaum ernstlich zu gefährden. Im Schwergewicht trat Gerg-Näthlaulen (116 Pfund) gegen den Berliner Kämpfer (122 Pfund) an. Gerg löstet in allen vier Runden. Auch dieser Kampf endete unentschieden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Lage der deutschen Arbeiter. Ein Beitrag aus dem kapitalistischen Lager.

Es ist merkwürdig, zu beobachten, wie genau die dem Unternehmertum nahestehende Presse sich über die Lage der Arbeiter unterrichtet zeigt, sobald es ihr zufällig einmal in den Kram paßt, ihre Kenntnis darüber zu offenbaren. Die „Berliner Börsenzeitung“ brachte in ihrer Nr. 105 eine Abhandlung über die Unterstützungsforderungen für die Roggenproduzenten, der wir folgende Stelle entnehmen:

„Wird tatsächlich in der Welt weniger Brot, sei es Weizen- oder Roggenbrot, gebacken als früher?“

Die Antwort lautet: Ja, der Konsum ist zurückgegangen! Abgesehen von der Arbeitslosigkeit, die die Erwerbslosen zwingt, zum Genuß von Suppen aus Kartoffeln, Hafer-, Gerstepräparaten und dergleichen überzugehen, hat der Achten- und Neuntäg offenbar zur Folge gehabt, daß die Arbeiter — im Gegensatz zu den früheren Gebräuchen — ihr Frühstücksbrot nicht mehr vom Hause zur Arbeitsstätte mitbringen, sondern ebenfalls Suppen aller Art vor und nach der Tätigkeit zu sich nehmen, damit sie „etwas Warmes im Leibe haben!“ Das ist das Ergebnis eingehender Untersuchungen über die unzureichende feststehende Tatsache des rückgängigen Brotverzehrs. Daß innerhalb des Brotkonsums in Deutschland besonders Weizen bevorzugt wird, scheint daran zu liegen, daß eine trockene Schrippe besser schmeckt als trockenes Brot und den Leuten die Mittel zum Brotauftrieb oder gar zum Fleischbeleg fehlen.“

Da es sich hier nicht darum dreht, die Kostlage der Arbeiter zu schildern, diese Schilderung vielmehr die Kostlage der großen Roggenproduzenten erweisen soll, werden die Unternehmer kaum zu befürchten haben, daß etwa nun die „Berliner Börsenzeitung“ die Konsequenz aus der von ihr verbreiteten Darstellung über die Lage der Arbeiter zieht und sich gegen Bahnabbau und sonstige Bedrückungen der Arbeiterschaft wendet oder gar die Forderungen der Arbeiter auf Besserstellung unterstützt. Im Gegenteil, der um seine Abfindung besorgte arme Mann in Doorn hat ja die Entdeckung gemacht von der Geldgier der — Demokratie, so daß seine Gefinnungsgenossen in Hande bald wieder über die materielle Einstellung und Begehrlichkeit der Arbeitnehmerschaft heranziehende Klagen anstimmen werden.

Jedenfalls mahnt uns die Darstellung der „Berliner Börsenzeitung“, zu tun, was der Augenblick erfordert, uns einzuzureichen für das Volksbegehren.

## Die Bewegung des Luftfahrpersonals. Aufstellung eines Vertragsentwurfs.

Der Deutsche Verkehrsband hatte zum Freitagabend nach dem Königsplatz-Kongress eine Versammlung des gesamten Bord- und Werkstattpersonals der Luftfahrbetriebe einberufen, um zur Formulierung eines Tarifvertrages mit der Deutschen Luftfahrt N. O. Stellung zu nehmen.

Wie schon in dem Bericht über die Versammlung des Luftfahrpersonals am Montag im TuSchertray mitgeteilt wurde, gibt es in den Luftverkehrsbetrieben eine einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überhaupt nicht. Das Personal ist bis jetzt ganz der Willkür der Flugbetriebe ausgeliefert gewesen; die Entlohnung und Arbeitszeit richtet sich je nach der Fluglinie. Eine enge Kommission, die in der Versammlung am Montag gemacht worden war, hatte gemeinsam mit Vertretern des Deutschen Verkehrsbandes einen Tarifvertrag entworfen, der in der Versammlung am Freitag zur Diskussion stand.

Dieser Tarifvertrag, der für die Bord-, Start- und Werkstattmonteurs, Handwerker und Hilfsarbeiter gelten soll, sieht die Regelung folgender Punkte vor: Arbeitszeit, Löhne, Kilometergeld, Auszahlungsgeld, Überstunden, Urlaub, vorübergehende Arbeitsunterbrechung (bei Todesfall in der Familie usw.), Versicherung gegen Unfall und Todesfall, Lohnzahlung in Krankheitsfällen, Kündigung des Arbeitsverhältnisses, Lohnzahlung, Betriebsräte, Schlichtungswesen und Allgemeines. Der vorliegende Vertragsentwurf wurde in allen Punkten eingehend erörtert und fand mit einigen Änderungen die einstimmige Annahme durch die Versammlung.

Der Reichsleiter der Deutschen Luftfahrpersonals in Deutschen Verkehrsband, Genosse Binder, machte die Versammelten aber auch darauf aufmerksam, daß es der innigsten Geflossenheit des gesamten Luftverkehrsbereichs bedarf, um die kommenden Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Er mahnt in den nächsten Tagen die rechte Propaganda in den Werken entfalten zu werden, um auch den letzten Unorganisierten der Organisation zuzuführen und somit den Verhandlungen Nachdruck zu verleihen.

Die zahlreichen Neuaufnahmen und der gute Besuch der Versammlung bewies, daß das Luftfahrpersonal den Ernst der Stunde erkannt hat und entschlossen ist, aus dem bisherigen Lohnniveau heraus und zur vernünftigen Regelung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen.

## Protestbewegung in Japan. Gegen arbeitserfindliche Gesetzentwürfe.

Unser Lektor Korrespondent schreibt uns, daß es infolge der geplanten arbeitserfindlichen Gesetzgebung im ganzen Lande zu großen Demonstrationen gekommen ist. So fanden Anfang Februar in Tokio große Versammlungen statt, an denen sich über 10.000 Arbeiter und 3.000 Arbeiterinnen beteiligten. Die Demonstrationen in Osaka hatten ebenfalls eine starke Beteiligung aufzuweisen.

Der Sturm der Arbeiterenschaft richtet sich gegen den dem Reichstag vorgelegten Arbeitsgesetzentwurf und gegen das schon ausgeführte Sozialistengesetz. Besonders wendet sich die Arbeiterenschaft gegen den beabsichtigten Zwang, die Gewerkschaften als juristische Person eintragen zu lassen und gegen die Mängel im Gesetz, die es den Arbeitgebern gestattet, Arbeitnehmern wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft zu benachteiligen. Auch sollen gewerkschaftliche Organisationen von Beamten, Soldaten, Militärpersonen, Bauern und Fischern nach dem Gesetzentwurf nicht gebildet werden. Im übrigen sieht das Gesetz vor, die Gewerkschaften nach Berufsarten und Industriezweigen einheitlich zusammenzufassen. Demgegenüber behauptet die Arbeiterenschaft auf dem Standpunkt, daß dadurch die natürliche Entwicklung der Gewerkschaften schwer behindert wird.

## Ein Betriebsratsmitglied entlassen. Wegen vermeintlicher Beleidigung.

Im Einverständnis mit dem Betriebsrat entsendet die Firma Bergmann-Elektrizitätswerke in die Betriebsrats-Versammlungen, für deren Kosten sie in Anspruch genommen wird, einen Vertreter, der dem Personalchef Bericht zu erstatten hat. Der Leiter einer solchen Versammlung, Betriebsratsmitglied Sch., eröffnete dieselbe mit der Bemerkung, er erlaube die Hochposten der Firma, vorn im Saale Platz zu nehmen, damit sie gut hören und objektiv berichten können. Sch. will damit nicht den offiziellen Vertreter der Firma gemeint, sondern an solche Personen gedacht haben, die außerdem, vielleicht ohne Auftrag, der Firma Berichte zufommen lassen.

Der Vertreter der Firma, ein Angestellter im Personalbureau, behauptet dagegen, die betreffende Bemerkung habe sich lediglich auf ihn bezogen, denn Sch. habe gelagt, er erlaube den Hochposten der Firma, vorn Platz zu nehmen. So berichtete der Angestellte an die Firma, die dann ein Schreiben an

## Metallarbeiter! Besucht die Wahlkörpervertretungen!

Sch. richtete, worin sie dessen Verhalten scharf rügte und für den Wiederholungsfall weitere Maßnahmen androhte.

In einem Antwortschreiben verbat sich Sch. diese „Anrempelung“ und verwahrte sich gegen die ihm erteilte Rüge in scharf zugespielten Redewendungen.

Hierauf wurde Sch. ohne Zustimmung des Betriebsrats entlassen. Er klagte bei der Kammer 7 des Gewerbegerichts, die nach eingehender Verhandlung die Klage abwies mit der Begründung:

Selbst wenn es zweifelhaft wäre, in welcher Form der Kläger von Hochposten gesprochen habe, so habe er sich doch nicht so einwandfrei geäußert, daß diese Bemerkung nicht auf den Vertreter der Firma hätte bezogen werden können. Nun sei die Firma gegen den Kläger massiv gemordet und dieser, der durch die Form seines Antwortschreibens gezeigt habe, daß er gebildet genug sei, um die Bewertung seiner Worte zu erkennen, habe der ersten Beleidigung eine zweite hinzugefügt, indem er das Schreiben der Firma als „Anrempelung“ bezeichnete und noch andere „Lebenswürdigkeiten“ hinzufügte, in der Absicht, die Vertreter der Arbeitgebers zu beleidigen. Dadurch habe der Kläger Grund zur irrtümlichen Entlassung gegeben.

Wir sind der Meinung, daß dies Urteil auf einer Verfehlung der tatsächlichen Verhältnisse beruht. Der Unternehmervertreter, der, wenn auch im Einverständnis mit dem Betriebsrat, in die Arbeiterversammlung geht, tut das doch in der Absicht, zu hören, was in der Versammlung vorgeht. Wenn man ihn deshalb mit einem dem militärischen Sprachgebrauch entnommenen Ausdruck als „Hochposten“ bezeichnet, so ist das doch keine Beleidigung, denn die Tätigkeit des Hochpostens ist ja keine unehrenhafte. Nun der Brief, da hat sich der Kläger gegen das selbst nach Ansicht des Gerichts massive Vorgehen der Firma gewehrt, er hat also in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt.

## Nur immer verleumdend!

Die „Rote Fahne“ vom 2. März behauptet sich mit den Verhältnissen der Arbeitnehmerschaft im Schiff-Betrieb, Friedrichstraße 124. Dabei lassen natürlich auch eine Reihe von Vorbemerkungen für den Betriebsrat ab. Der Betriebsrat (sowohl als auch der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafégangestellten leben sich veranlaßt, die in der „Roten Fahne“ gemachten Ausführungen sachlich richtigzustellen.

Es wird behauptet, daß sich die dort beschäftigten Kellner als die „Geneppten“ fühlen. Davon kann gar keine Rede sein, vielmehr hat leider ein Teil der Kellner sich zu einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 66 Stunden pro Woche durch Verzicht auf den wöchentlichen Ausgang freiwillig erbötigt! Der Betriebsrat sowohl als auch die Organisation haben sofort auf das Angelegliche eines Verzichts auf den wöchentlichen Ruhetag hingewiesen und dadurch die Firma veranlaßt, das Anerbieten der Kellner zurückzuweisen.

Im übrigen irrt die „Rote Fahne“, wenn sie von einer Wochenarbeitszeit von 54 Stunden spricht, die tarifliche Arbeitszeit beträgt 57 Stunden. Richtiggestellt werden muß ferner, daß im Gegenstand zu den Ausführungen der „Roten Fahne“ neue Kräfte eingestellt sind, nämlich 11 Personen. Sowie Überstunden gemacht wurden, sind diese von der Firma bezahlt worden.

Im übrigen ist auch festzustellen, daß die SPD. herporogend im Betriebsrat der Firma vertreten ist. Die gemachten Vorbemerkungen sollen also auch auf die kommunistischen Mitglieder des Betriebsrats zurück.

## Silvesterkognak bei Siemens u. Halste.

Am Silvestertage zeigte der im Betriebe von Siemens u. Halste bestehende Konsumverein an, daß er Kognak zu billigen Preisen abzugeben habe. Diese Anpreisung wirkte auf einige Arbeiter so verlockend, daß sie den Kauf hatten, den billigen Silvesterkognak sofort zu probieren. Ihrer acht beschloßen, auf gemeinsame Kosten eine Flasche zu erwerben. Einer von ihnen, der Arbeiter K., war so kapitalstark, daß er den Betrag für seine Kollegen, in deren Portemonnaies tiefste Ebene herrichte, auslegen konnte. Eine Flasche Kognak wurde geholt, sie ging von Mund zu Mund und war bald geleert. Aber was ist eine Flasche unter so vielen. Man laute, wieder für das von K. ausgelegte Geld, eine zweite Flasche und verdeckte sie unter der Verbank des R. Nun wurde dieser auf eine andere Arbeit beordert. Als er nach einer halben Stunde zurückkehrte, sah er zu seiner unbefangenen Überraschung, daß die Flasche völlig geleert war und daß sein Kollege D. sinnlos betrunken in der Werkstatt hin- und herlief. Dadurch kam die heimliche Silvesterfeier zum Kenntnis des Meisters. Die Firma wollte nun ein Exemplar statuieren. Sie entließ nicht den sinnlos betrunkenen D., auch seinen der übrigen Kognakverzehrer, sondern nur den Arbeiter K., weil er der Geldgeber, also der Veranstalter des Gefeles gewesen sei.

Beim Gewerbegericht findet R. keine Entlassung als unbillige Härte an. Er beklagte sich lebhaft darüber, daß er, der am meisten bezahlt und am wenigsten getrunken habe, nun auch noch durch die Entlassung lächerlich solle.

Das Gericht konnte sich den Ansichten des Klägers nicht verschließen, es erkannte seinem Einspruch gemäß seine Entlassung als nicht gerechtfertigt an.

# Wirtschaft

## Die toten Kosten der Haldenbestände.

In einer Würdigung der Haldenbestände in den deutschen Bergbaubezirken schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgendes:

Der Gesamtwert der Brennstoffbestände in den drei Bezirken einschließlich der Spinnstoffbestände betrug am 1. Januar d. J. unter Zugrundelegung des Preises für rheinisch-westfälische Feitsförderkohle (14,92 Mark je Tonne) rund 134 Millionen Mark. Mit den Zinsen dieses so festgelegten Kapitals könnte eine Belegschaft von rund 7000 Mann monatlich entlohnt werden.

Diese Bemerkung kennzeichnet die geradezu katastrophalen Folgen der Vorratswirtschaft im Kohlenbergbau. Wenn ein Kaufmann derartige Vorräte angehäuft hat, so zwingt man ihn dazu, sein Lager zu räumen, auch wenn er dabei durch Preisherabsetzungen erhebliche „Substanzverluste“ erleiden sollte. Der Bergbau denkt an einen derartigen Preisabbau nicht, sondern appelliert an die Hilfe des Reiches, das ihm zur weiteren Aufrechterhaltung der riesigen Haldenbestände nach Krediten zur Verfügung stellen soll. Gleichzeitig wird eine Grube nach der anderen stillgelegt, weil der Absatz bei den hohen Preisen nicht da ist. Der ganze Widerspruch kapitalistischer Wirtschaftsführung tritt hier wieder einmal mit aller Deutlichkeit zutage.

Aber nicht nur der Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt ist es, der schuld an dieser Entwicklung hat, sondern die Torheit einer staatlichen Subventionspolitik, die sich jetzt am Kohlenbergbau und seinen Arbeitern bitter rächt. Die 134 Millionen Mark, die die Haldenbestände wert sind und die jetzt nur tote Kosten machen, sind nichts anderes als ein Teil eines 700-Millionen-Geschenktes, das das Reich der Ruhrindustrie zugewandt hat. Aber nicht genug damit, daß das bereits gesehen ist, verlangt man jetzt noch billige Kredite, also neue Unterstützung, um den Bergbau weiterführen zu können. Wo das endigen soll, das ist eine Frage, die sich die Führer der privaten Wirtschaft offenbar noch gar nicht vorgelegt haben.

Konkurrenzeröffnungen im Februar. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Februar d. J. durch den „Reichsanzeiger“ 1998 neue Konkurse — ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Konkursseröffnung — und 1573 angeordnete Gehaltsaufschichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Januar d. J. stellen sich auf 2092 bzw. 1553.

Preisentlangung und Lohnabbau in Dänemark. Einem Bericht unseres Kopenhagener Berichterstatters entnehmen wir, daß infolge des Sinkens des Halbjahresindex in Dänemark vor ungefähr 3 Wochen die Industrie- und Beamtengehälter herabgesetzt worden sind. Die Folgen dieser allgemeinen Lohnsenkung bestätigen die von den deutschen sozialistischen Wirtschaftspolitikern immer wieder vertretene Ansicht, daß eine einseitige Lohnherabsetzung nicht ohne weiteres wirtschaftslebenswird und daß durch die mit einer Lohnherabsetzung verbundene Schwächung der Kaufkraft eine Hemmung für die Produktion von Konsumgütern ausgeübt wird. Im weiteren ist festzustellen, daß die Unternehmer ihre vorher reichlich gegebenen Verpredungen einer Senkung der Unternemergergewinne nicht wahr gemacht haben. So vertritt die „Socialdemokrater“ zahlreiche nach der Lohnherabsetzung ausgeschüttete Dividenden von sehr beträchtlicher Höhe. Dem entspricht auch, daß Fabrikanten und Geschäfte der Aufzucht der Preise, nun ihrerseits die Preise herabzusetzen, nur im geringen Maße nachgelassen sind. Auch die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist, wie immer optimistisch prophezeit wurde, nicht eingetreten, obwohl dafür durch stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften z. B. infolge der Beibehaltung einer Automobilzulassung in Kopenhagen und des milderen Wetters die besten Voraussetzungen vorliegen. Die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften muß immer noch auf 80.000 Personen geschätzt werden.

## Theater der Woche.

Vom 7. März bis 13. März 1926.

Ballhäuser: 7. Jubik. 8. 9. 11. 13. Sturmflut. 10. Der Kaufmann von Venice. 12. Von Duldheit. 13. 14. Pamiel. — Opernhaus: 7. 11. Maria Sabinina. 8. Carmen. 9. Fledermaus. 10. Die Schmetterlingstraß. 13. Faust. 14. Die 15. Die Frau ohne Schatten. 16. Die Frau ohne Schatten. — Opern- und Schauspielhaus: 7. 11. 12. 14. Der Weber. 8. Die Frau ohne Schatten. 9. Die Frau ohne Schatten. 10. Die Frau ohne Schatten. 11. Die Frau ohne Schatten. 12. Die Frau ohne Schatten. 13. Die Frau ohne Schatten. 14. Die Frau ohne Schatten. 15. Die Frau ohne Schatten. 16. Die Frau ohne Schatten. 17. Die Frau ohne Schatten. 18. Die Frau ohne Schatten. 19. Die Frau ohne Schatten. 20. Die Frau ohne Schatten. — Schauspielhaus: 7. Die Frau ohne Schatten. 8. Die Frau ohne Schatten. 9. Die Frau ohne Schatten. 10. Die Frau ohne Schatten. 11. Die Frau ohne Schatten. 12. Die Frau ohne Schatten. 13. Die Frau ohne Schatten. 14. Die Frau ohne Schatten. 15. Die Frau ohne Schatten. 16. Die Frau ohne Schatten. 17. Die Frau ohne Schatten. 18. Die Frau ohne Schatten. 19. Die Frau ohne Schatten. 20. Die Frau ohne Schatten. — Theater: 7. Die Frau ohne Schatten. 8. Die Frau ohne Schatten. 9. Die Frau ohne Schatten. 10. Die Frau ohne Schatten. 11. Die Frau ohne Schatten. 12. Die Frau ohne Schatten. 13. Die Frau ohne Schatten. 14. Die Frau ohne Schatten. 15. Die Frau ohne Schatten. 16. Die Frau ohne Schatten. 17. Die Frau ohne Schatten. 18. Die Frau ohne Schatten. 19. Die Frau ohne Schatten. 20. Die Frau ohne Schatten. — Theater im Admittalpalast: 7. Die Frau ohne Schatten. 8. Die Frau ohne Schatten. 9. Die Frau ohne Schatten. 10. Die Frau ohne Schatten. 11. Die Frau ohne Schatten. 12. Die Frau ohne Schatten. 13. Die Frau ohne Schatten. 14. Die Frau ohne Schatten. 15. Die Frau ohne Schatten. 16. Die Frau ohne Schatten. 17. Die Frau ohne Schatten. 18. Die Frau ohne Schatten. 19. Die Frau ohne Schatten. 20. Die Frau ohne Schatten.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Krüger; Wirtschafts- und Kultur-Angelegenheiten: Dr. John Schillings; Redaktions- und Verlags-Angelegenheiten: Dr. John Schillings; Druck: Carl Borchers, Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Wilhelmstr. 13.

**Freitz, Reinhold**  
Kaufmann  
Königsplatz, Berlin, Wilhelmstr. 33  
Die billigsten Bezugsmöglichkeiten für  
Leib- und Laber  
Kaufmann  
Königsplatz, Berlin, Wilhelmstr. 33

**Krause-Pianos**  
Miete  
Ansbacher Str. 1,  
10555 Berlin

**Berliner-Elektriker-Genossenschaft**  
Berlin N24, Elsassstr. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf  
Fonsprescher: Norden 6523 u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzberg 9631  
**Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs**  
zu kulanten Zahlungsbedingungen  
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

**Telefunken**  
VERSUCHEN SIE DIE NEUE  
TELEFUNKEN-LAUTSPRECHER-RÖHRE  
**R.E.154**  
SIE WERDEN ÜBERRASCHT SEIN!  
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

**Marken-Zigaretten**  
kaufen Sie am billigsten  
Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 32  
Versand nach auswärts franco.

**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**HUNDE Metallbetten**  
Katzentiere werden behandelt  
Städtische Baugewerkschule Berlin  
W 35, Kurfürstenstr. 141  
Abteilungen für Hoch- und Tiefbau usw.  
Semesterbeginn: Mittwoch, 7. April 1926  
Anmeldung: Täglich v. 8 bis 4 Uhr  
im Bureau — Teleph. Magistrat 39

**TELEFUNKEN R.E.154**  
SIE WERDEN ÜBERRASCHT SEIN!  
Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!